

Was wollen Grünwähler? Fliegen und SUV fahren! Baerbock ist dagegen



Die Bürger und Medienkonsumenten wissen es eigentlich schon lange – Grünenpolitiker und Grünwähler predigen gern Verzicht und befürworten Verbote, handeln aber ganz anders. Gerade im Urlaub will die kosmopolitische Klasse ihre ungeliebte Heimat gern möglichst weit hinter sich lassen und fliegt daher gerne viel und weit. Typisches Beispiel ist Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth, die 2019 dabei erwischt wurde, wie sie auf einer einzigen Reise mit zwei Kollegen rund 40.000 Kilometer zurücklegte (das ist der Erdumfang), um sich angebliche Folgen des menschengemachten Klimawandels in Indonesien und Kiribati anzuschauen. Ein EIKE-Leser meinte dazu, das sei die in Zukunft zu erwartende Argumentation: Den meisten Bürgern würde Mobilität oder nur das Verlassen des Hauses mit Hilfe von Klima, Corona & Co. untersagt, während die 2% der *inneren Partei* (Orwell, 1984) mit der Ausrede des „Kampfes gegen Klima, Corona & Co.“ leere Autobahnen und Flugzeuge genießen.

Insofern erstaunt nicht, daß gerade herauskam, daß die [SUV-Käufer in Deutschland am häufigsten Grünwähler sind](#) – man hat eben das Geld und will es zeigen. Eigentlich dachten Soziologen, daß im Zeitalter der politischen Korrektheit materielles Geprotze im oberen Einkommensdrittel nicht mehr en vogue sei, weil man heuer seinen Status mit kostenträchtiger „Moral“ demonstriert. Stimmt offenbar nur zum Teil.

Erstaunlich ist aber, daß sogar der Kurzstreckenflug gerade bei Grünpolitikern besonders attraktiv ist. [Schon 2019 wurde darüber berichtet; und heuer wieder](#). Offenbar reisen die Anhänger der Partei der Besserverdienenden, die die Grünen schon seit der Jahrtausendwende sind, auch innerhab der DACH-Länder und Mitteleuropas gern schnell und bequem statt sich mit der Plebs stundenlang auf Autobahnen oder in ICE zu quetschen.

Unpassend dazu kündigte Annalena Baerbock in der Bild am Sonntag an, als Kanzlerin „perspektivisch“ [Kurzstreckenflüge verbieten zu wollen](#). Was die Wirtschaft oder das untere Drittel der Gesellschaft dazu sagt, dürfte der Kandidatin wie in ihrer Partei üblich herzlich egal sein. Wenn aber Grünfliegern ihr Hobby par ordre de Annalena bald untersagt werden wird? Es geht hier, wohlgemerkt, nicht nur um eine Preiserhöhung.

Zudem kündigte Baerbock an, daß „Dumpingpreise“ für Mittelstreckenflüge wie 29 Euro nach Mallorca durch eine ordentliche Klimabesteuerung auch der

Vergangenheit angehören sollten. Das stört den Grünwähler wohl weniger; im Gegenteil, ist man in der Kabine unter sich. Deswegen mahnte sogar der Tourismusbeauftragte der Regierung, Bareiß (CDU):

„Ich finde, Reisen und Fliegen müssen auch in Zukunft für jeden Geldbeutel möglich sein und nicht zum Luxus von einigen wenigen werden. Klimaschutz und CO₂-Reduktion müssen intelligent und durch neue Technologien erfolgen. Wer glaubt, Verbote und unverhältnismäßige Preiserhöhungen sind das richtige Mittel, ist auf dem Holzweg“

Neben der Durchsetzung der Grünmobilität will die Kanzlerkandidatin ein sogenanntes „Klimasofortprogramm“ auflegen, das unter anderem Solaranlagen für jeden Neubau verpflichtend macht. Gute Idee, das Wohnen in Städten ist ja nicht teuer genug. Außerdem sollte Baerbock sich einmal mit Feuerwehrleuten unterhalten, die die Erfahrung machten, daß man im Außenbereich mit Wasser am besten nur Häuser ohne Solaranlage löscht; bei denen mit PV kann es tödliche Schläge setzen. Die im Innenbereich verbreiteten CO₂-Löcher für Elektrobrände sind auf Feuerwehrfahrzeugen vermutlich nur selten anzutreffen. Die brennenden E-Autos lassen grüßen.....

Immerhin will Baerbock der *Bild* gegenüber das Autofahren nicht verunmöglichen und kündigt an, daß Käufer, die sich kein E-Fahrzeug leisten könnten, unterstützt würden, da die Grünen bis 2030 den Verbrenner abschaffen wollen.

Die grünen Weltrettungspläne stießen endlich auf teils heftige Empörung der Konkurrenz und der Verbände. So meinte der FDP-General Wissing, eine Abschaffung der Verbrenner sei wegen der Möglichkeit, synthetische Kraftstoffe zu produzieren, unnötig. Die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, Hildegard Müller, sagte:

„Es hilft dem Weltklima nichts, wenn wir die innovative Industrie in Deutschland zerstören und die Produktion in Regionen abwandert, in denen für das gleiche Ergebnis wesentlich mehr Kohlendioxid ausgestoßen wird“